

blick nach rechts

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 15 23. Juli 1997

→ **Im Visier der Neonazis** Seite 2

In einem Skin-Magazin sind Namen und Anschriften von jüdischen Einrichtungen und Bürgern aus der gesamten Bundesrepublik veröffentlicht. Darunter ist auch ein jüdischer Friedhof, der vor wenigen Wochen geschändet wurde.

→ **„Neu“rechte Sommeruniversität** Seite 4

Auch die junge Garde der deutschen „Neuen“ Rechten fährt dieses Jahr zur Weiterbildung in die Lombardei. Mit dabei ist seltsamerweise der unvermeidliche Alfred Meuchtersheimer.

→ **Das Volk als Subjekt** Seite 6

Nach dem Willen der Anhänger des „Ethnopluralismus“ sollen die unterschiedlichen Ethnien in möglichst großer Distanz nebeneinanderleben. Als Triebfeder der historischen Entwicklung gilt der Kampf der Völker um ihre Selbstbestimmung.

→ **Auf den Scheiterhaufen** Seite 11

Der Schülerverband der gewendeten italienischen Neofaschisten hat dazu aufgerufen, in einer öffentlichen Aktion mißliebige „linke“ Geschichtsbücher zu verbrennen. Sympathie für dieses Vorhaben zeigten auch Abgeordnete der Alleanza Nazionale.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Hamburger Wahlkampf: **Post von der DVU**

Kaum hatte Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner die Warnung ausgesprochen, rechtsextreme Parteien würden versuchen, die Bürgerschaftswahlen am 21. September als Test für die Bundestagswahl zu nutzen, fanden Tausende Hamburger eine Postwurfsendung mit amtlichem Anstrich in ihren Briefkästen: „Achtung: wichtige Wahlunterlagen!“ Wer den roten Brief öffnete, hielt eine Wahlpropagandasendung der „Deutschen Volksunion“ (DVU) in den Händen. Vor kurzem schwappte die zweite Welle mit Propagandamaterial in die Häuser der Hamburger Bürger.

„Hamburg muß frei werden von ausländischen Bettlerbanden, Verherrlichung von Rauschgift bestrafen, Wiedereinführung der Zuchthausstrafe, vor besonders gefährdeten Gefallenen-Ehrenmalen soll eine Bundeswehrwache aufziehen“, lauten Forderungen der von dem rechtsextremen Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey geführten Truppe.

„Diese Leute sind zu feige, ihren Namen auf den Briefumschlag zu drucken, sie verstecken sich hinter einer Hamburger Postfachanschrift“, wetterte die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Helga Weise. Die Politikerin empfahl: „Einfach in den nächsten Briefkasten damit. Return to sender!“

Bei der letzten Bürgerschaftswahl fühlten sich 2,8 Prozent der Hamburger von den DVU-Parolen angesprochen. Verfassungsschutz-Chef Wagner warnt: „Obwohl die rechtsextremen Parteien in einem desolaten Zustand sind, können sie ein beträchtliches Wählerpotential erreichen. „So konnten die Rechten 1993 in Hamburg insgesamt knapp acht Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer ist es aber nicht wahrscheinlich, daß es zu einer gemeinsamen Liste des rechten Spektrums kommt, um die Wahlchancen zu maximieren. Jede Partei wolle das Geld aus der Wahlkampf-Kostenerstattung auf die eigenen Konten fließen lassen.“

Die Lage der inneren Sicherheit ist in Hamburg nach Einschätzung des Innensenators Hartmuth Wrocklage (SPD) aber insgesamt stabil. Die Zahl rechts- und linksextremistischer Gewalttaten sei 1996 sogar rückläufig gewesen. Wrocklage: „Der freiheitliche Rechtsstaat bleibt wachsam und wehrhaft!“

Volker Stahl

Jüdische Einrichtungen im Visier der Neonazis

Liste mit Namen

In Rheinland-Pfalz sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Straftaten mit antisemitischem Hintergrund begangen worden. Immer wieder wurden auch jüdische Friedhöfe in eindeutiger Intention und Handschrift geschändet, so auch in jüngster Vergangenheit. Im Mai waren die jüdischen Friedhöfe in Busenberg (Landkreis Südwestpfalz) und Neustadt an der Weinstraße Opfer antisemitischer Zerstörungswut. In Busenberg wurden 25 Grabsteine umgeworfen und weitere 65 mit Hakenkreuzen und Parolen („Juda verrecke“) beschmiert; bereits 1978 und Ende 1994 hatte es dort Schändungen gegeben. Auch auf dem Friedhof in Neustadt besprühten Ende Mai anonyme Täter 30 Grabsteine mit Hakenkreuzen, SS-Runen und nationalsozialistischen Parolen. Wenige Wochen später wurde in Neustadt/Weinstraße der 20jährige Neonazi Michael Bar verhaftet. Er hatte die Jüdische Gemeinde in Mannheim und andere jüdische Einrichtungen in der Region Kurpfalz telefonisch bedroht. Ob ein Zusammenhang besteht, ist bislang unklar. Die beiden Friedhofsschändungen sind bislang nicht aufgeklärt. Die zuständige Staatsanwaltschaft Frankenthal hat 20.000 DM Belohnung, die zur Ergreifung der Täter von Neustadt führen, ausgesetzt. Im Landkreis Neustadt existiert seit einigen Jahren eine aktive neonazistische Szene, der nach offiziellen Angaben 25 bis 30 Personen angehören. Die lokale Szene organisiert sich in einer im vergangenen Jahr initiierten „Nationalen Volksfront“ bzw. „Kameradschaft Neustadt/Weinstraße“, die, so der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz, zwei Dutzend Personen umfaßt. Der Mitte Juni verhaftete Michael Bar gilt als Drahtzieher der braunen Szene in der Vorderpfalz. Bei verschiedenen Razzien stellte die Polizei umfangreiches rechtsextremes Propagandamaterial sicher. Seit 1996 erscheint in Neustadt ein Skinzine im DIN A5-Format namens „Reichsruf“. In dem rund 20 Seiten starken „Reichsruf“ finden sich Beiträge von und mit Christian Worch, dem braunen Barde Frank Renniecke und Manuel Jakob, Macher des Skinzines „Doitsche Offensive“ aus Mannheim. Abgedruckt werden auch Namen und Anschriften von jüdischen Einrichtungen in der gesamten Bundesrepublik, darunter auch der jüdische Friedhof in Neustadt, und, vermeintlich, jüdischen Privatpersonen.

Ulrike R. Kreutzer

Rechte Töne aus dem Äther

Hamburg. Rüdiger Proske (Hamburg), Autor der u. a. von den „Jungen Nationaldemokraten“ empfohlenen Schrift „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“, die zeitweilig auf Platz 1 der Bestsellerliste der „Jungen Freiheit“ stand, konnte sich unlängst öffentlich über die Wanderausstellung „Ver-nichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ auslassen. Im „Deutschlandfunk“ (DLF) warf er der Dokumentation des Hamburger Instituts für Sozialforschung vor, daß sie ein „Gegenstück von

Wissenschaftlichkeit“ sei und „propagandistischen“ Zwecken diene. Ziel der Ausstellung, so Proske, sei die „Sammlung der radikalen Linken in Deutschland“. Das Interview mit Proske, der auch ein Buch mit dem Titel „Vom Marsch durch die Institutionen zum Krieg gegen die Wehrmacht“ („Buch des Monats“ in der aktuellen Ausgabe von „Nation+Europa“) verfaßt hat, führte Bernd Kallina, einst Pressereferent im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“ sowie Referent bei der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO). Veröffentlicht wurde das Interview im „Deutschen Ostdienst“ (DOD), dem Informationsblatt des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV).

A. M.

Dem KZ-Mörder nicht verzeihen

Bonn. Gegen die Strafaussetzung für den Ex-KZ-Aufseher Gottfried Weise hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Werner Bertl massiven Protest eingelegt. Der SS-Unterscharführer und einstige Aufseher im KZ Auschwitz war erst 1988 vom Landgericht Wuppertal wegen fünffachen Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Weise, auch der „Tell von Auschwitz“ genannt, soll seine Opfer, darunter Kinder, besonders grausam gequält haben, beispielsweise sie gezwungen, Blechdosen auf den Kopf zu stellen, bevor er sie erschöß. Nach seiner Verurteilung durch das Landgericht und verworfener Revision – das Oberlandesgericht hatte ihm aus familiären Gründen Haftverschonung gewährt – entzog sich Weise den Strafvollzugsbehörden zunächst durch Flucht in die Schweiz, dort wurde er per Zufall dann nach drei Monaten gestellt und umgehend nach Deutschland verbracht. Auf dem Gnadenwege wurde dem Naziverbrecher unlängst eine zeitlich befristete Unterbrechung der Haft aus humanitären Gründen gewährt, d. h. seit dem 4. April dieses Jahres befindet sich Weise auf freiem Fuß.

Der SPD-Parlamentarier und Vorsitzende der Solinger SPD Hans-Werner Bertl hat sich jetzt deswegen in einem Brief an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau und den NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola gewandt. Nach Bertls Ansicht löste die Strafaussetzung für Weise bei vielen Bürgern Unverständnis und auch Entsetzen aus. Bei der Schwere der von Weise be-

gangenen Verbrechen sei es nicht mehr nachvollziehbar, daß in einem modernen Strafvollzug eine Prüfung der Tatbestände für die Gewährung eines Gnadenakts nur unter Aussetzung des Strafvollzugs möglich sei. Auch der Tatbestand, daß Weise nach seiner Verurteilung 1988 geflohen sei, müsse hier als erschwerender Tatbestand für die Aussetzung des Vollzugs gewertet werden. Durch die medizinischen Behandlungsmöglichkeiten eines modernen und humanen Strafvollzugs wie in NRW sei insgesamt bei Berücksichtigung der ungeheuerlichen Verbrechen, die Weise begangen habe, die Gewährung eines Gnadenakts mit vielen Fragen zu versehen, so Bertl.

Der Bundestagsabgeordnete erklärte auf Nachfrage, er sperre sich nicht dagegen, daß Weise im Rahmen einer humanitären Aktion seine letzten Lebenswochen in Freiheit verbringen dürfe. Aber dies gelte ausschließlich unter Gesichtspunkten der Humanität: „Unser Rechtssystem kann diesem Mann nicht verzeihen!“, betonte der SPD-Politiker.

NRW-Sozialminister Horstmann reagierte im Fall Weise schon vor Monaten und ließ dem wegen Mordes verurteilten Ex-KZ-Aufseher die Kriegsofferrente sperren. Weise bezog bis dahin monatlich eine Rente in Höhe von DM 213, da er während des Krieges an der Ostfront ein Auge verloren hatte. Horstmann erklärte, es sei unerträglich, „daß auch Mörder und Sadisten seit 1950 völlig rechtmäßig Kriegsofferrenten in Anspruch nehmen können“. Es widerspreche in besonderem Maße dem Gerechtigkeitsempfinden, daß solche Personen staatliche Entschädigungsleistungen erhielten.

G. N.

Klassische Fehlbesetzung

Die junge Garde der deutschen „Neuen“ Rechten fährt zur Wei- terbildung in die Lombardei

Zum fünften Male findet in der Lombardei ab Ende Juli eine Sommeruniversität des europäischen „neu“rechten Netzwerkes Synergies Européennes statt. Und das, was vorausgesehen werden konnte, ist in diesem Jahr eingetreten: das bisherige hohe theoretische Niveau kann nicht gehalten werden, denn erstmals treten neben den dominierenden französischen, italienischen und belgischen Referenten auch solche aus Deutschland auf. Man könnte den Vorgang mit der treffenden Formulierung zusammenfassen: Europa schickt seine „neu“rechten Professoren, Deutschland die Studenten. Doch es dürfte noch nicht einmal die junge Garde der deutschen Referenten mit Manfred Rouhs, Therese Schwander, Hanno Borchert und Claus-M. Wolf-schlag sein, die für diesen Niveauverlust sorgen wird. Nein, dafür wird wohl der unvermeidliche Alfred Meuchtersheimer mit seinem Vortrag „Internationale Penetration der deutschen Medien“ verantwortlich sein. Was hat wohl ein völkischer Nationalist wie Meuchtersheimer auf einer „neu“rechten Sommeruni zu suchen?

Bei böswilliger Betrachtungsweise könnte allerdings ein Verdacht aufkeimen. Meuchtersheimers Vortrag, der als Exkurs ausgewiesen ist, findet am Morgen des 1. August statt. Am Tag bzw. Abend zuvor wollen die Teilnehmer das heidnische Fest „Lugnasad“ feiern. So etwas kann lange dauern. Falls der Met bei einigen Beteiligten zu lange nachwirken sollte, dann bietet Meuchtersheimer jedenfalls die Gelegenheit, unauffällig noch etwas auszuspannen. Und die Deutschen sind zufrieden, ihren „Promi“ untergebracht zu haben. Ähnliches könnten sich die Programmplaner für den Dienstag gedacht haben, der unter dem Oberthema „Medien und Manipulation“ steht. Manfred Rouhs, Herausgeber des marginalen Blattes „Europa Vorn“, ist in der Mitte der fünf Vortragenden platziert. Nur Highlights nacheinander ist eindeutig eine Überbeanspruchung. Und jeder, der sich nur ein wenig mit der Szene der extremen Rechten Deutschlands auskennt, weiß, daß sich über „Nonkonforme Pu-

blizistik in der Bundesrepublik Deutschland“ (so das Thema von Rouhs) nicht viel, und schon gar nicht viel Gehaltvolles erzählen läßt. „Wir selbst“, die „Etappe“ und die „Elemente“ erscheinen kaum. Das „Junge Forum“, „Europa Vorn“, die „Ökologie“? Vielleicht noch „Criticón“. Bestimmt nicht die „Junge Freiheit“, die alles andere ist als „non-konform“.

Ausgerechnet Meuchtersheimer

Sieht man jedoch von diesen deutschen Ausrutschern ab, dann ist es der Mannschaft um den Generalsekretär der Synergies Européennes, dem Belgier Robert Steuckers, wiederum gelungen, eine Reihe herausragender Referenten zu interessanten Themenkomplexen zu gewinnen. Nachdem 1995 Gianfranco Miglio, der an Carl Schmitt geschulte ehemalige Chefideologe der Lega Nord, als Schirmherr der Veranstaltung aufgetreten war und Renato Del Ponte, ein enger Freund und Schüler des traditionellen Philosophen Julius Evola, als Ehrengast anwesend war, haben in diesem Jahr der durch Veröffentlichungen zur Ethnopsychiatrie hervorgetretene Prof. Fabio Martelli, Präsident der italienischen Sektion der Synergies, und der Psychoanalytiker Prof. Claudio Risé, der sich vorwiegend mit Kriegsursachenforschung beschäftigt, die Patronage übernommen.

Fünf der Veranstaltungstage sind jeweils einem einzigen Komplex vorbehalten. Am Montag geht es um „Ironie und Satire, Waffen der Freiheit gegen die Orthodoxien“. Eine Einführung gibt Prof. Alexandra Colla von der Redaktion der Zeitschrift „Orion“. Es folgen der futuristische Musiker Jean-Marc Vivenza, die Germanistin Isabelle Fournier, der Mitbegründer der linksradikalen militanten Organisation Primea Linea und Soziologe Enrico Galmozzi, der wieder einmal über seinen bevorzugten Autor, den Elitetheoretiker Vilfredo Pareto, spricht, und schließlich der Meister selbst – Robert Steuckers.

Um „Medien und Manipulation“ geht es am Dienstag. Die Einführung in das Thema gibt der Franzose Pierre Lancelot. Neben dem bereits erwähnten Manfred Rouhs sind zu erleben der geopolitisch orientierte Ökonom Frédéric Valentin, Therese Schwander mit einem Vortrag über die „Einflüsse der visuellen Medien auf den kindlichen Sozialisationsprozeß“, und Prof. Augusto Zuliani, der über „Medien und Globalisierung“ spricht. Am Donnerstag dreht sich alles um „Antiimperialistische Kräfte außerhalb Europas“. Untersucht werden sol-

len sowohl „Katholizismus und Imperialismus in Lateinamerika“ (Jacques O. Martin), der indische Unabhängigkeitskampf von der britischen Kolonialherrschaft (Jean Rémy) und „Japan im Angesicht der amerikanischen Expansion im Atlantik“ (Steuckers). Noch kein Referent gefunden hat sich für das aus deutscher Sicht spannende und interessante Thema „Verbindungen der Nationalrevolutionäre der Weimarer Republik zu antiimperialistischen Gruppen außerhalb Europas“.

Am letzten Arbeitstag kommen zum Thema „Ökologie und Geophilosophie“ nochmals zwei Deutsche zu Wort. Hanno Borchert, Korporationsstudent in Hamburg und Multifunktionär, präsentiert „Gedanken und Fragmente zum Bioregionalismus“. Claus-M. Wolfschlag (Offenbach), wie Borchert Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, wiederholt sei-

nen Vortrag „Für eine menschengerechte Architektur, Städte- und Landschaftsplanung“, den er bereits beim Bundestreffen der Unabhängigen Ökologen im Februar 1997 auf Burg Ludwigstein gehalten hat. Den Abschluß des Tages gestaltet die Redaktion der ökospirituellen italienischen Zeitschrift „Tellus“, die bereits seit einigen Jahren mit den Europäischen Synergien verbunden ist, zum Leitthema „Ökologie und Geophilosophie“.

Die „Synergies Européennes“ sind sicherlich seit der Gründung des GRECE vor nunmehr dreißig Jahren der ernstzunehmendste und erfolgversprechendste Ansatz der „Neuen“ Rechten. Es ist der erste, der auch versucht, die europäische Programmatik durch eine europaweite Organisationsform zu ergänzen.

Jean Cremet

„Bratwurst statt Döner“

Auf dem 26. ordentlichen Bundeskongreß der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) wurde Holger Apfel mit großer Mehrheit erneut in das Amt des Vorsitzenden gewählt. Anwesend bei der Veranstaltung im oberpfälzischen Rodach waren nach Angaben der aktuellen „Deutschen Stimme“ rund 100 Delegierte. Zu den ebenfalls wiedergewählten Stellvertretern Jürgen Distler und Achim Ezer kam der bayerische Landesvorsitzende und ehemalige Aktivist des 1993 verbotenen „Nationalen Block“ Sascha Roßmüller (Landau) anstelle von Andreas Storr, der in Roding glatt durchgefallen war, hinzu. Storr, Vorgänger von Apfel und amtierender JN-Vorsitzender von Berlin/Brandenburg, der ehemalige Hamburger JN-Landesvorsitzende Jan Zobel und André Goertz sind somit endgültig gescheitert, den militanten Rechtsextremismus zu „modernisieren“ und von der NS-Apologetik zu befreien. Weder in „Einheit & Kampf“ (vgl. BNR 15/96, 5/97 und 14/97) noch im JN-Bundesvorstand ist ihr Konzept des „progressiven Nationalismus“ („contra 'Nationalsozialistische' Polemik“) noch vertreten. Ein „Volkstreues Komitee 'Bratwurst statt Döner'“ denunzierte den einstigen FAP-Funktionär Goertz im vergangenen Jahr wegen dessen Eheschließung mit einer Ausländerin: „Er hatte eine Türkin geheiratet, damit diese Türkin hier in Deutschland Bleiberecht bekommen und in der Gärtnerei seiner Mutter billiger arbeiten konnte!“ Weiterhin sind im neugewählten Bundesvorstand

der „Jungen Nationaldemokraten“ als Beisitzer vertreten: der Bundesgeschäftsführer Frank Amberg, Burscheid, der Bundesschatzmeister Andreas Weber, Wuppertal, Sascha Wagner, Herzogenrath, Jens Pühse, Freising, der Bundespressesprecher Klaus Beier, Miltenberg, der Liedermacher Jörg Hähnel, Frankfurt/Oder, Steffen Hupka, Quedlinburg, und Oliver Händel, Köln. Neu hinzugekommen ist Alexander Delle, der Schatzmeister des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg. Die JN-Spitzenfunktionäre Hupka und Pühse gehörten vor dem Verbot 1992 militanten „Nationalistischen Front“ an.

Gastredner der Rodinger Veranstaltung am 10. Mai war der Vorsitzende der neonazistischen Organisation „Die Nationalen e.V.“, Frank Schwerdt. Der 53jährige Ingenieur Schwerdt gehört seit kurzem wieder der NPD an, nach dem er Ende der 60er Jahre zahlreiche rechtsextremistische Organisationen durchlaufen hatte. Von 1978 bis 1989 war Schwerdt außerdem Funktionär der Berliner CDU. Danach engagierte sich Schwerdt bei den „Republikanern“, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und dem „Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerk e.V.“. Des weiteren ist Schwerdt Herausgeber der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ und Koordinator des fünf weiteren Zeitungen umfassenden „nationalen Medienverbundes“.

Den „Jungen Nationaldemokraten“ gehören amtlichen Angaben zufolge rund 200 Mitglieder an. Die Zahl der Sympathisanten und die Einflußmöglichkeiten der sich immer stärker zu einer neonazistisch ausgerichteten Kaderorganisation entwickelnden JN dürfte jedoch deutlich höher liegen.

Zur Ideologie des „Ethnopluralismus“:

Das Volk als Subjekt

Nach dem Willen der Anhänger des „Ethnopluralismus“ sollen die unterschiedlichen Ethnien, um ihre Wertvorstellungen und Eigenarten zu behalten, in möglichst großer Distanz nebeneinanderleben.

Bei „Nationalrevolutionären“ und „Neuen Rechten“ ist „Ethnopluralismus“ ein vielgenutztes Schlagwort im Kontext von Kommentaren zur Ausländerpolitik. Der Begriff selbst wirkt demokratie- und extremismustheoretisch unbelastet und suggeriert gar, eine besondere Variante der „Multikulturellen Gesellschaft“ zu sein. Es entsteht nämlich der Eindruck, hierbei ginge es lediglich um die friedliche Koexistenz mehrerer ethnischer Gruppen. Demgegenüber sahen allzu pauschal argumentierende und analysierende Kritiker hinter dem Begriff „Ethnopluralismus“ nur einen ideologischen „Tarnmantel“ für den klassischen Rassismus, wobei der ideologische Kern eines damit verbundenen Konzepts ebensowenig extakt getroffen wird wie die damit einhergehende Diskurs-Strategie der Umwertung von Begriffen im Sinne einer „Kulturrevolution von rechts“ (Alain de Benoist).

Bei dem Terminus „Ethnopluralismus“ handelt es sich weder um einen einheitlich definierten, noch um einen wissenschaftlichen Begriff. Die Bezeichnung nutzen insbesondere intellektuelle Vertreter der „Nationalrevolutionäre“ und der „Neuen Rechten“ in Deutschland und Frankreich im Sinne eines politischen Selbstverständnisses. Beabsichtigt war und ist damit sowohl im inner-rechts-extremistischen als auch öffentlichen Diskurs zweierlei:

- Zunächst ging es um die Abgrenzung gegenüber einem (wertenden) Rassismus, wie er z. B. von den Nationalsozialisten vertreten wurde. Diese hätten zwar die biologischen Realitäten gesehen, aber mißverstanden. Zwar verstehen die Anhänger des „Ethnopluralismus“ Kulturen, Nationen und Rassen als biologische Realitäten, gehen aber nicht von einer Einteilung in höher- und minderwertige Gruppen aus. Vielmehr behaupten sie, jede dieser Ethnien habe eigene, gewachsene Wertvorstellungen, die es zu erhalten und zu tolerieren gelte. Afrikaner, Asiaten und Europäer sollten sich nicht wegen

ihrer verschiedenen Hautfarben bekriegen, sondern in möglichst großer Distanz friedlich nebeneinanderleben.

- Von daher distanziert man sich auch vom Rassismus im traditionell wertenden Sinne und nutzt den Begriff als rhetorischen Vorwurf gegenüber den Anhängern einer „Multikulturellen Gesellschaft“. Diese, so die Argumentation, zerstörten mit ihrem politischen Willen die Identität der Ethnien und wollten einen Einheitsmenschen, meist im Sinne westlicher Wertvorstellungen, schaffen. Genau in der damit verbundenen Ablehnung der Verschiedenheit bestehe der eigentliche Rassismus, der zum Verschwinden der Ethnien und damit zum „Ethnozid“ führe. (Vgl. als Beispiel für diese Argumentation den Text des Chef-Ideologen der „Nouvelle Droite“, Alain de Benoist, Wider den Rassismus, in: Ders., Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985, S. 53-68).

Kampf der Ethnien um Selbstbestimmung

Inwieweit die skizzierten Argumentationsmuster lediglich um einer besseren öffentlichen Wirkung willen aus strategischen Gründen motiviert waren, läßt sich aus den relevanten Texten nicht in einer dafür notwendigen immanenten Deutlichkeit entnehmen. Derartiges kann allenfalls aufgrund des politischen Vorlaufs und der ideologischen Prägnanzen oder diesbezüglichen Äußerungen der jeweiligen Protagonisten des „Ethnopluralismus“ dazu geschlußfolgert werden. Unabhängig von derlei Gesichtspunkten ergeben sich aber auch aus einer rein auf die Texte bezogenen demokratie- und extremismustheoretischen Analyse Belege für eine rechtsextremistische Ideologie, allerdings nicht im Sinne eines wertenden Rassismus, der eine hierarchische Beurteilung verschiedener angeblich so bestehender Menschengruppen vornimmt.

Vielmehr ergibt sich der rechtsextremistische Charakter derartiger Auffassungen aus etwas anderem, nämlich aus dem mit der Fixierung auf Ethnien verbundenen Gesellschaftsbild der Anhänger des „Ethnopluralismus“.

- Politik wird nicht - wie bei Prinzipien moderner demokratischer Verfassungsstaaten - vom mit unveräußerlichen Rechten ausgestatteten einzelnen Bürger aus entwickelt. Vielmehr begreift man im kollektivistischen Sinne das „Volk“ als Subjekt der Geschichte. Als Triebfeder der historischen

Entwicklung gilt der Kampf der „Völker“ um ihre „Selbstbestimmung“.

- „Volk“ wird im „ethnopluralistischen“ Diskurs nicht als politisch, sondern ethnisch bestimmt angesehen. Nicht die Verfügung über bestimmte Rechte, wie z.B. das Recht zu wählen, macht ein Individuum zum Angehörigen eines Volkes, sondern die ethnische Zugehörigkeit zu einem angeblich natürlich gewachsenen organischen Ganzen. Das Individuum existiert - im Gegensatz zur Auffassung im Sinne der demokratischen Verfassungsstaaten - nicht als Mensch an sich, sondern nur als Bestandteil eines Kollektivs.

- Der „Ethnopluralismus“ leugnet die Gültigkeit universeller Werte wie der Menschenrechte. Er geht von der grundsätzlich unterschiedlichen Veranlagung der Völker aus und meint damit, eine rein ethnokulturelle Bedingtheit der Normen und Werte ableiten zu können. Da es eine ethnische Begründung von Menschenrechten allenfalls auf die jeweiligen „Völker“, aber nicht auf das Individuum gemünzt geben kann, wird das individualistisch geprägte, naturrechtlich begründete und universell gültige Verständnis von Menschenrechten direkt oder indirekt negiert.

Neben den ideologisch-theoretischen Aspekten sprechen auch die sich aus dem „Ethnopluralismus“

notwendigerweise ergebenden politischen Folgen dafür, daß es sich hierbei um ein rechtsextremistisches Ideologeelement handelt: Die Auffassung, ethnische Gruppen sollten in möglichst großer Distanz friedlich miteinander leben, bezieht sich in den fortgeschrittenen westlichen Industriegesellschaften auf eine ethnisch heterogene Bevölkerung mit Ausländeranteilen von zehn und mehr Prozent. Um eine ethnisch homogene Gesellschaft zu schaffen, müßten diese Menschen aus den jeweiligen Ländern hinausgedrängt werden - was wohl nur eingeschränkt freiwillig erfolgen würde.

Die konkreten politischen Maßnahmen, die hier zur Schaffung ethnisch homogener Räume zu ergreifen wären, benennen die Anhänger des „Ethnopluralismus“ allerdings nicht. Daß derartige Maßnahmen mit der Akzeptanz rechtsstaatlicher Normen und der Einhaltung der Menschenrechte einhergehen, ist nur schwer vorstellbar. Die angedeutete Position läuft denn auch konsequenterweise auf das Gleiche hinaus, wie der Slogan von Neonazis und Skinheads: „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!“ Die Folge einer solchen Politik wäre darüber hinaus die inner- und/oder über-nationalstaatliche Errichtung von Apartheid-Strukturen.

Armin Pfahl-Traugher

Zunehmende Aktivitäten des FVB

Bonn. Wenige Kenntnisse liegen offensichtlich der Bundesregierung über den neonazistischen „Freiheitlichen Volks Block“ (so die offizielle Schreibweise) vor. Auf eine Kleine Anfrage (13/8002) der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) hin, gab sich das Bundesinnenministerium zugeknöpft und wollte auch keine Angabe über den aktuellen Mitgliederstand des „Freiheitlichen Volks Block“ (FVB) machen. Die Gründung des FVB erfolgte im Januar 1994 in Nürnberg. Der Schwerpunkt der FVB-Aktivitäten lag bisher in Bayern und Baden-Württemberg (vgl. BNR 11/97 u. 13/97), dort existieren auch die beiden einzigen Landesverbände. Der FVB „sieht sich selbst als Partei, hat bisher jedoch nicht an Wahlen teilgenommen“, so das BMI. Der Bundesverband gliedert sich in Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Daneben existiert die Arbeitsgemeinschaft „Pressestelle und Informationsdienst“, eine „FVB-Burschenschaft“ und eine „FVB-Frauen-

front“. Kontakte unterhält der FVB zu anderen rechtsextremistischen Organisationen wie NPD und JN. „Der FVB hat seine Aktivitäten seit Anfang des Jahres 1996 durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit forciert. Mehrere vom FVB angemeldete Demonstrationen“, so das Innenministerium, „wurden von den zuständigen Behörden verboten“. Zuletzt meldete der FVB eine Kundgebung unter dem Motto „Deutschland in Not“ in Halle/Saale für den 5. Juli an, die jedoch kurzfristig behördlich untersagt wurde. FVB-Bundesvorsitzender ist der 28jährige Konrad Petraschek, der Ende der 80er Jahre bei der „Bismarck-Jugend“ des Altnazis und Generalmajors a.D. Otto Ernst Remer engagiert war. Die seit längere Zeit inaktive „Bismarck-Jugend“ wurde nacheinander von dem inhaftierten Bela Ewald Althans (31) sowie von Thomas Fink, dem 1992 verstorbenen Gründer der „Sauerländer Aktionsfront“ geführt. Später gehörte Petraschek der 1993 verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ an. Der FVB-Landesvorsitzende in Bayern, Thomas Scharf, war zuvor bei der ebenfalls verbotenen „Nationalistischen Front“ aktiv.

S. B.

Verfassungsschutz in den Ländern

Hamburger bundesweit engagiert

Aus dem Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Hamburg geht hervor, daß Aktivisten aus dem rechtsextremistischen Lager bundesweit agieren bzw. sich überregional an Veranstaltungen und Projekten beteiligten. So waren im Berichtszeitraum 1996 Hamburger Vertreter der NPD/JN, der ehemaligen FAP, der ehemaligen „Nationalen Liste“ (NL) und aus dem Spektrum der DLVH beim Rudolf-Hess-Marsch in Worms (17. 8.), bei einer Aktion vor dem Ostseestadion von Hansa Rostock (17. 8.), bei einer Kundgebung zum 1. Mai in Berlin, bei einem Treffen in Schiedam/Rotterdam (9. 11.), bei einer Sonnenwendfeier im schleswig-holsteinischen Hagen (21. 6.), bei der „Hetendorfer Tagungswoche“ (15. bis 23. 6.), bei Wahlkampfaktivitäten der DLVH in Koberg (Kreis Herzogtum-Lauenburg) und Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg) Anfang März, bei schleswig-holsteinischen Bündnisveranstaltungen am 22. September in Hartenholm (Kreis Segeberg) und am 10. November in Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), bei einem Gedenkmarsch in Arfeld/Nordrhein-Westfalen (3. 8.) sowie bei einer Anti-Drogen-Demonstration (30. 11.) in Bad Segeberg aktiv vertreten. Als führende Kraft hat sich dabei hauptsächlich Thomas Wulff (einst Kopf der NL, zuletzt bei der DLVH) erwiesen, gerade auch nach der Inhaftierung seines Gesinnungsgenossen Christian Worch, der allerdings auch noch aus der Gefängniszelle heraus publizistisch bundesweit in Schriften wie „Hamburger Sturm“, „Sleipnir“, „Nachrichten der HNG und „Recht und Wahrheit“ in Erscheinung tritt.

Im Stadtteil Hamburg-Lohbrügge betreiben die Gebrüder Grewe einen offenbar florierenden Skin-Laden mit dem Nmen „Buy or Die“, der sich auf Skin-Fanzines, -Outfit und entsprechende Tonträgerprodukte spezialisiert hat. Hans Grewe war vorher Herausgeber des Fanzines „Hetzer“ und Mitglied der sogenannten „Sachsenfront Nord“. Michael Grewe gehörte der Skin-Band „Kahlschlag“ an. Bedeutsam hervorgehoben im Bericht der Behörde für Inneres ist die Rolle des als „Nationalmarxisten“ titulierten Dr. Reinhold Oberlercher, geistiger Kopf des in Berlin initiierten „Deutschen Kollegs“ (DK), das aus einem Leserkreis der „Jun-

gen Freiheit“ hervorgegangen ist. Letzte bekanntere Veröffentlichung Oberlerchers ist die Ausarbeitung „Deutschlands Zukunft“, die wegen ihres teilweise strafrechtlich bedenklichen Inhalts in zensurierter Form in der Computer-Mailbox „Widerstand“ und in der Zeitschrift „Sleipnir“ erschien (Nr. 5/96). In Hamburg hat sich ähnlich dem DK ein „Hamburger Kreis“ (HK) formiert, der ebenfalls einem JF-Leserkreis entsprungen ist. Besonders neurechte Positionen werden dort propagiert, offenbar in enger Zusammenarbeit mit der Bur-schenschaft „Germania“. Intensive Kontakte unterhält der HK zu den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ (UÖD). Die Mitarbeit des HK-Leiters Hanno Borchert in der UÖD-Zeitschrift „Ökologie - Forum für Natur- und Heimatschutz“ ist für das Landesamt für Verfassungsschutz ein Indiz dafür, „daß sich innerhalb der UÖD Rechtsextremisten Gehör verschafft haben“.

Von den „Republikanern“ und der DVU in Hamburg waren im Berichtszeitraum keine nennenswerten Aktivitäten zu verzeichnen.

Die Anzahl der Rechtsextremisten in Hamburg ist leicht rückläufig (1.200 gegenüber 1.250 im Jahr zuvor). Die Gesamtzahl rechtsextremistischer Straftaten sank in Hamburg von 323 auf 311. Die meisten erfaßten Rechtsbrüche entfielen auf Propagandadelikte. 155 Tatverdächtige (Vorjahr 156) wurden dabei ermittelt, überwiegend über 30jährige.

Aktive NPD in Nieder-sachsen

Die einzig beruhigende Nachricht aus dem Verfassungsschutzbericht von Niedersachsen: Straftaten von „rechts“ sind im Berichtszeitraum 1996 im Vergleich zum Vorjahr zahlenmäßig zurückgegangen. Zwei Zusammenschlüsse bilden regionale Besonderheiten: Da ist zum einen im Harz ein Kreis von rund 100 Anhängern, der sich in Organisationen wie „Deutscher Freundeskreis Nordharz“, die „Harzfront“, der „Harzer Heimatschutz“, der „Unabhängige Arbeitskreis“ und die Gruppe „Aufbruch“ präsentiert und in dieser unterschiedlichen Zusammensetzung auch gemeinsam aktiv wird. Als Drahtzieher hinter all den Gruppierungen wird vom Verfassungsschutz der ehemalige Funktionär der verbotenen „Nationalistischen Front“, Steffen Hupka, aus Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) vermutet. Seit 1994 gibt Hupka, Bundesvorstandsmitglied der NPD-Jugendorganisation JN, die Neonazi-Strategieschrift „Umbruch“ heraus. Im Landkreis Stade hat sich zur Kommunalwahl am 15. September

1996 die Wählergemeinschaft „Bündnis Rechte“ gebildet, die sich aus Mitgliedern der NPD und der „Republikaner“ zusammensetzt und bis heute aktiv ist (s. auch Tagebuch BNR 12/97). Antreiber für diesen zweiten bedeutsamen Zusammenschluß waren der REP-Kreisverbandsvorsitzende Heinz König sowie Claus Dankers vom NPD-Kreisverband Stade. REP-Landesvorsitzender in Niedersachsen ist Peter Lauer, der nach eigenen Angaben von 1965 bis 1974 NPD-Mitglied war und von 1966 bis 1971 dem NPD-Bundesvorstand angehörte.

Ein von dem Vorsitzenden der „Deutschen Freiheitsbewegung“ (1983 von Altnazi Otto-Ernst Remer gegründet), Georg Albert Bosse (Wolfsburg), initiiertes Lesertreffen in Malsfeld/Hessen im Herbst 1996 wurde von ca. 230 Teilnehmern besucht. Es referierte dort u. a. der Holocaustleugner Udo Walendy (Vlotho), rechtskräftig wegen Volksverhetzung zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Man kommt nicht umhin, den bundesweit bedeutsamen Treffpunkt Hetendorf (bei Celle) zu erwäh-

nen. Dort finden in Regelmäßigkeit im Monat Juni die sogenannten „Hetendorfer Tagungswochen“ statt. Federführend fungiert dabei der Vorsitzende des Hetendorfer Trägervereins „Heide-Heim“ e.V. Jürgen Rieger aus Hamburg, der zugleich Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ sowie der „Artgemeinschaft“ ist. Rieger ist Vorstandsmitglied und ideologischer Kopf des „Nordischen Ringes“, der sich international auch als „Northern League“ titulierte bzw. mit dieser in Erscheinung tritt. Der „Rechts“-anwalt wird im Bericht zugleich als Verbindungsperson für die ebenfalls an der Gestaltung der Hetendorfer Tagung mitwirkende „Gesellschaft für Freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg“ genannt. Ende 1996 fand in Hetendorf auch eine JN-Schulungsveranstaltung statt. Zugegen waren dort u. a. der aus Hildesheim stammende JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel sowie Steffen Hupka.

Horst Freires

Die vergessenen NS-Opfer

Die Dauerausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ ist seit März im „Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma“ in der baden-württembergischen Universitätsstadt Heidelberg zu sehen.

Das 1990 mit Unterstützung der Bundesregierung eingerichtete „Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, die 600jährige Geschichte dieser Minderheit in Deutschland zu dokumentieren. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der historischen Aufarbeitung des Holocausts an den Sinti und Roma, der jahrzehntelang aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wurde, einem Verbrechen, das in seinem Ausmaß bis heute unvorstellbar bleibt.

Die Ausstellung zeichnet die einzelnen Stadien der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Sinti und Roma anhand von Quellen und Bild-dokumenten nach. Der Weg der Minderheit von der systematischen gesellschaftlichen Ausgrenzung bis zum organisierten Massenmord wird aufgezeigt. Den Dokumenten der Täter stehen die Zeugnisse ihrer Opfer gegenüber. Berichte von Überlebenden und Familienbilder machen die Lebenswirklichkeit der Sinti und Roma sichtbar.

Am 8. Dezember 1938 kündigte Heinrich Him-

mler in einem Erlaß die „endgültige Lösung“ der sogenannten „Zigeunerfrage“ an. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Hunderte von Sinti und Roma in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen und Mauthausen deportiert worden. Im Frühjahr 1943 rollten die Deportationszüge mit Sinti und Roma aus 11 europäischen Ländern in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Über 500 000 Sinti und Roma wurden im nationalsozialistisch besetzten Europa umgebracht, darunter mehr als 20 000 aus Deutschland.

Zur Ausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“ ist ein gleichnamiges Buch von Romani Rose, dem Vorsitzenden des 1982 nach jüdischem Vorbild gegründeten Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, erschienen: Rose, Romani (Hrsg.): Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Ca. 190 Seiten Heidelberg 1995 ISBN 3-929446-01-4; 24,80 DM

Die Ausstellung ist dienstags von 10 bis 20 Uhr, mittwochs bis freitags von 10 bis 16.30 Uhr, samstags und sonntags von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Führungen für Gruppen nach Vereinbarung.

„Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma“, Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg, Tel. 06221/981102, Fax 981190.

Anton Maegerle

Friedhofsruhe an Universitäten **Von „rechts“ keine Impulse**

In Nordrhein-Westfalen dürfen sich die „Allgemeinen Studentenausschüsse“ (ASTA) nach einem Beschluß des Landtages künftig auch zu „gesellschaftspolitischen Fragen“ äußern und müssen ihr Engagement nicht mehr auf hochschulspezifische Themen beschränken. Die Neuregelung soll den Rechtsfrieden an den nordrhein-westfälischen Unis wiederherstellen. In den letzten drei Jahren hatten rechte Studenten bei Verwaltungsgerichten mehrerer Bundesländer einstweilige Anordnungen erwirkt, die den Gremien politisches Engagement über den Hochschulbezug hinaus verboten. Begonnen hatte die Prozeßlawine (Münster, Marburg, Wuppertal, Gießen, Bonn, Bremen) im Sommer 1994, als der Jura-Student René Schneider in Münster den ASTA verklagte, weil sich dieser wiederholt zu allgemeinpolitischen Themen geäußert hatte.

Daß von der politischen Aufbruchstimmung der einstigen 68er Studierenden nichts mehr bei heutigen Studierenden an bundesdeutschen Universitäten zu spüren ist und akademische Bildung nicht gegen rechte oder gar rechtsextreme Weltbilder immunisiert, bekräftigt eine Studie von Frankfurter Wissenschaftlern (Alex Demirovic, Gerd Paul: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Studenten und Politik in den neunziger Jahren. Verlag Campus, Frankfurt 1996). Die Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung fanden bei einer Befragung von 1400 Studentinnen und Studenten an fünf hessischen Hochschulen heraus, daß Studierende nicht mehr weniger fremdenfeindlich eingestellt sind als der Rest der Bevölkerung: vier Prozent können als hartgesottene, weitere elf Prozent als tendenzielle Rechtsextreme eingestuft werden. Dabei handelt es sich besonders häufig um junge Frauen oder Männer, die Jura, Wirtschafts- oder Ingenieurwissenschaften studieren.

Doch – trotz des durchaus vorhandenen Potentials für rechtsextreme Studierendenorganisationen, gehen von diesen kaum nennenswerte Impulse aus. Auch die hochschulpolitischen Aktivitäten von Burschenschaften und den mit ihnen liierten Debatierclubs im Umfeld von „Junger Freiheit“, „Criticon“ und „Staatsbriefe“ bewegen sich in engen Grenzen. Denn, so der Frankfurter Wissenschaftler Demirovic, die Hemmschwelle, rechtsextremes

Gedankengut in der Öffentlichkeit auszusprechen, ist noch sehr hoch. Rechts stehende Studierende halten sich deswegen von organisatorischen Zusammenschlüssen politisch Gleichgesinnter fern – u.a. auch der Karriere wegen.

An Studierendeorganisationen bzw. Listenverbindungen, in denen sich Rechte bis Rechtsextrem tummeln, bzw. deren Programmatik/Satzung auf ultrarechtes bis rechtsextremes Gedankengut schließen läßt, sind bisher in Erscheinung getreten:

- „Burschenschaftliche Liste“, Freie Uni Berlin
 - „Göttinger Kreis >Studenten für den Rechtsstaat<“, Uni Göttingen
 - „Liste Uni-aktiv“, Uni Hamburg
 - „Die Franken“, Uni Erlangen
 - „Hochschulgruppe der Nationalen e.V.“, Uni Frankfurt/Oder
 - „Freiheitliche Studenten“, Uni Dortmund
 - „Hochschulgruppe Pommern“, Uni Göttingen
 - „Studentenbund Schlesien“, Uni Göttingen
- An mehreren Hochschulen zugange sind:
- „Hochschulgruppe/Bund Studierender Reservisten“
 - „Bund der Arbeitskreise für ein qualifiziertes Studium“
 - „Gesamtdeutscher Studentenverband“
 - „Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten“
 - „Bund gegen Anpassung“
 - „Jugend-und Studentenbund Danzig-Westpreußen“
 - „Paneuropäische Hochschulgruppe“
 - „Nationaldemokratischer Hochschulbund“

Vom großspurig angekündigten Aufbau einer bundesweiten republikanischen Hochschulgruppe unter der Bezeichnung „Republikanischer Hochschulverband-RHV“, für die Mitstreiter u. a. per Anzeige in der „Jungen Freiheit“ gesucht werden, ist nichts zu spüren. Seit dem Einzug zweier REP-Publikaner ins Marburger Studentenparlament, namentlich der Jura-Student Eike Erdel (Leutnant der Reserve, Schriftwart der Burschenschaft „Normannia-Leipzig zu Marburg“) und der Philosophiestudent Daniel Schäfer (Burschenschaft „Rheinfranken“) ist der Aufbau von REP-Hochschulstrukturen keinen Schritt weitergekommen. Auch der Aufruf von Erdel an „nationalbewußte Studenten“ in „Nation+Europa“, „das rechtswidrige Treiben linker Studentenvertreter“ an den Universitäten zu beenden, brachte den REP-Studierenden keine neuen Mitstreiter ein – dieses Agitationsfeld ist auch schon weitgehend durch den RCDS besetzt.

Anton Maegerle

Postfaschisten-Chef Fini pfeift
seinen Nachwuchs zurück

Auf den Scheiterhaufen

Ein Musterbeispiel für die Abhängigkeit der Politik von den Medien und umgekehrt für deren geschickte Instrumentalisierung durch Kräfte der extremen Rechten bietet in diesen Tagen wieder einmal Italien. Silvio Berlusconi, der gescheiterte ehemalige Ministerpräsident, braucht sich als Eigner von Fernsehsendern und Zeitungen keine Sorgen um mangelnde Präsenz zu machen. Umberto Bossi wiederum, Führer der Lega Nord, ist stets für einen schlagzeilenträchtigen Skandal gut. Wenn wie bei der Ausrufung der „Republik Padanien“ auch die Gefolgschaft zu wünschen läßt, so folgen doch normalerweise die Medien aufs Wort. An die alte Regel, daß nur keine Schlagzeilen schlechte Schlagzeilen sind, mag auch der in Alleanza Nazionale umgetaufte Ex-MSI gedacht haben.

Dessen Oberschülerverband Azione studentesca rief dazu auf, in einer öffentlichen Aktion Geschichtsbücher zu verbrennen, deren Inhalt von ihnen als links erachtet wird. Anlaß zu diesem Aufruf war eine Anweisung des Unterrichtsministers Luigi Berlinguer, im letzten Schuljahr die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu behandeln. Daß dabei Faschismus, der Genozid an den europäischen Juden und der Widerstand in Italien, die Resistenza, eine herausragende Rolle spielen, versteht sich von selbst. Wie es auch aus Deutschland hinreichend bekannt ist, wurde von Seiten der extremen Rechten ein weiterer Versuch der „Umerziehung“ gesehen, den es zu bekämpfen gelte.

Das Andenken Mussolinis „beschmutzt“

Die geplante Aktion der neofaschistischen Gymnasiasten sollte neben der Protest- und Medienwirkung offenbar auch eine Signalwirkung für die traditionelle Wählerschaft des MSI haben, daß die früheren Einstellungen nicht über Bord geworfen worden sind. Damit das Ganze jedoch nicht als nur eine unüberlegte Vorgehensweise des Nachwuchses abgetan werden konnte, bedurfte es auch der Unterstützung aus der etablierten Parteihierarchie. Diese kam vor allem von der Europaabgeordneten

in Strasbourg Roberta Angelillo, hinter der Beobachter die Drahtzieherin des spektakulären Happenings sehen. Angelillo ist selbst kaum dem Jugendalter entwachsen und war bis vor wenigen Jahren Provinzsekretärin der MSI-Nachwuchsortorganisation Fronte della Gioventu („Jugendfront“) in Rom. Aber auch die AN-Abgeordnete Alessandra Mussolini hielt mit ihrer Sympathie für das Vorhaben nicht hinter dem Berg. Galt es doch, das Andenken ihres Vorfahren nicht noch weiter „beschmutzen“ zu lassen. Das notwendige Gegensignal für den eher rechtskonservativ ausgerichteten Teil der Wählerschaft des AN kam, wie zu erwarten, von Parteichef Gianfranco Fini selbst, der in der Medienpräsentation den Part des abwägenden Staatsmannes übernommen hat. Er sprach ein Machtwort, die Aktion fiel ins Wasser, Klappe, aus. Das Signal: AN ist nicht gleich MSI.

Heroischer Kampf gegen die „Krämergesellschaft“

Doch auch durch Erfolge macht der jugendliche und universitäre Nachwuchs der AN von sich reden. Nicht nur in Rom ist die Azione universitaria zur stärksten Gruppierung geworden, sondern auch an den beiden Mailänder Universitäten, sowohl an der staatlichen wie auch an der katholischen. Gleiches gilt z.B. für Catania, Palermo, Trient, Triest und Udine. Verschiedene Beobachter, so der Experte für die Geschichte des MSI, Piero Ignazi, gehen davon aus, daß die zunehmende Systemkonformität der verbliebenen linken Gruppierungen ein Grund für den Erfolg der AN-Studenten sei. Tatsächlich ist in diesem Teil der Partei noch am deutlichsten der Einfluß des inzwischen ausgeschiedenen ehemaligen, nationalrevolutionär ausgerichteten Parteiführers Pino Rauti und vor allem des Philosophen Julius Evola spürbar. Man versteht sich als revolutionär und systemoppositionell. Ein heroischer Kampf gegen die „Krämergesellschaft“ wird propagiert. Die neoliberale und zugleich etatistische Linie der Parteiführung ist dagegen in den Jugendorganisationen der Partei eher minoritär. Dieser scheinbare Geist der Rebellion, der revolutionären Geste mag auch dazu beitragen, daß die Partei Finis bei den unter 30jährigen inzwischen zur beliebtesten Partei geworden ist. Eine Umfrage aus dem Dezember 1996 weist in dieser Altersgruppe eine Zustimmungsquote von mehr als 25 Prozent aus. Düstere Zukunftsaussichten für kommende Wahlen also.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Europa Vorn“, 10.Jg.,Nr.115 - Mai/Juni '97

Das Schwerpunktthema des Heftes lautet Ökologie und Nationalismus, zu Wort kommen die „authentischen“ Kämpfer für „Heimat- und Naturbewahrung“. Der Gründerzeitökologe und Aushängeschild der ultrarechten „Unabhängigen Ökologen“, Baldur Springmann, bemüht die von Mutter Natur vorgegebene Ordnung, die die menschlichen Rassen auf die verschiedenen Territorien, angepaßt an deren bestimmte klimatische und geologische Verhältnisse und von denen geprägt, verteilt habe. Dem jeweiligen daraus gewachsenen organischem Ganzen, wie dem unseren und den meisten europäischen Völkern, drohe – er führt dazu ein Beispiel aus der Biologie an – durch „aufgezwungene Einwanderung“, bezeichnet als „schmarotzende Viren“, Krankheit oder Tod, wenn keine Selbstreinigung gelinge. Für Richard Lyskirchen muß „der Ökologe heute Patriot“ sein, einzige Alternative zur zerstörerischen „multikulturellen Konsumgesellschaft“ sei die Rückbesinnung auf die Völker und ihre Lebensräume. Die Gefahren der Gentechnologie beschwört Christian Rogler, darin verpackt sein Plädoyer gegen Abtreibung. Den „schier undurchdringlichen Sperr-Riegel“ der „linken Medienfront in Deutschland“ beklagt wieder einmal Franz Schönhuber, der fiktiv einem jungen deutschen Patrioten die Lage im Lande erörtert. Wolfgang Strauss schließlich weiß unter Berufung auf russische Historiker von der ehrenhaften Rolle der Wehrmacht zu berichten. Danach hat die dortige Zivilbevölkerung angeblich die 6. Armee als Befreier vom Joch des Bolschewismus empfunden. Die Wehrmachtsausstellung sei daher „eine gegen die historische Wahrheit gerichtete Propandashow“, so Strauss.

„Junge Freiheit“(JF)-12.Jg.,Nr.26-29/97

Für JF-Dauerautor und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer MdB stellen die Graffiti-Sprühereien ein tragendes Problem Berlins („Hauptstadt der Schmierfinken und Narrenhände“) dar (26/97). Wohlwollend berichtet wird über eine Anti-Euro-Veranstaltung in Dresden, an der erstmals offiziell Funktionäre und Mitglieder von DSU und „Republikaner“ teilgenommen hätten (26/97). Dabei als Autor ist auch Alfred Jebens, Geschäftsführer des

rechtslastigen „Studienzentrums Weikersheim“, der einen emphatischen Nachruf auf Paul Schmidt-Carell, ursprünglich Schmidt, dann Carell (vgl. BNR 14/97), verfaßt hat (27/97). Ungerechtfertigt findet man nach wie vor die Beobachtung durch den Verfassungsschutz und will deshalb in einem „freiheitlichen Musterprozeß“ mit allen Mitteln gegen Nordrhein-Westfalen vorgehen, wofür die Leserschaft zu finanzieller Unterstützung aufgerufen wird. Die Pankraz-Kolumne nimmt die Schergen der PC „mit ihrem widerlichen, terroristischen Vergangenheitsbewältigungs-Geheul“ ins Visier. In eindeutig diffamierender Absicht wird Bundespräsident Roman Herzog auf der letzten Seite bedacht (27/97). Anti-Antifa-Experte Hans-Helmuth Knütter berichtet von einer Fachtagung über Rechtsextremismus Ende Mai in Hamburg, wo Verfassungsschützer „Seite an Seite mit offenkundigen Linksextremen“ marschierten. Dringlich sei der Schulterschuß, um „dieser verderblichen Entwicklung entgegenzutreten (28/97). JF-Chefredakteur Dieter Stein, der sich in seinem Leitartikel mit „neuer“ und „demokratischer“ Rechter auseinandersetzt, mahnt die Besetzung der „sozialen Frage“ an. Im Interview dazu von Stein befragt, verweist Parteichef Rolf Schlierer auf das starke soziale Profil der „Republikaner“, das es gegen „Amsterdam-Europa“ zu bewahren gelte. Afrika, der „Dunkle Kontinent“, wird ohne Differenzierung und in rassistischer Manier verteufelt, internationale Hilfe sei hier sowieso kontraproduktiv; hinter dem gemalten Horrorszenario steht dann die drohende Gefahr von Wanderbewegungen in die „'entwickelteren' Teile der Welt“, spricht Deutschland (28/97). Für BdV-Vize Paul Latussek reichen Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit im zukünftigen Europa nicht aus, eingefordert werden müsse bei einer Osterweiterung von Polen und Tschechien das „Recht auf Heimat“ für die deutschen Vertriebenen (29/97). Götz Kubitschek, Initiator der gegen die Wehrmachtsausstellung gerichteten „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche“ will die Aufregung um das von Bundeswehrangehörigen erstellte „Skandal-Video“ nicht so recht verstehen und sieht eine Verbindung zu der Wehrmachtsausstellung. Pankraz bemüht in seiner Kolumne gar Kurt Tucholsky „Was darf die Satire?“, um den „Staatsbriefe“-Herausgeber Hans-Dietrich Sander vom Vorwurf der Holocaust-Leugnung reinzuwaschen; auf der anderen Seite hätte die Münchner Staatsanwaltschaft eine Klage gegen die Verantwortlichen der Wehrmachtsausstellung wegen Volksverhetzung einfach abgewiesen (29/97).

BÜCHERSCHAU

**NS-Zeit und
Gegenwart**

Der unlängst erschienene Sammelband versucht, „Zusammenhänge zwischen Nationalsozialismus und zeitgenössischem Rechtsextremismus“ herzustellen und – so der Untertitel – „Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung“ zu liefern. Die lose um die Themen „NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalsozialismus in Deutschland“ geordneten, selbständigen Vorträge sind naturgemäß nicht aus einheitlichem Guß, sie eröffnen vertraute Blicke auf die dargestellten Themen, aber zugleich auch durchaus neue Aspekte.

In einem ersten Kapitel wird „die deutsche NS-Vergangenheit und der Umgang damit“ dargestellt. Jörg Wollenberg blickt auf den Tag der Kapitulation, die fälschlich als Stunde Null, die einen Neubeginn suggeriert, interpretiert wird. Aber schon damals war, wie unter anderem aus eindrucksvollen Zitaten Henry Morgenthau, Willy Brandts oder von Thomas Mann belegt, die Sorge vorherrschend, die Hoffnung auf einen Neuanfang werde durch Hypotheken der Vergangenheit belastet sein. Aus diesem Grunde vollzog sich, wie Klaus Naumann darstellt, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit auch höchst unbefriedigend. Nach der Wende besteht nun Gelegenheit, durch Einbeziehung der Erfahrungen der DDR das Thema unter einem neuen Blickwinkel zu beleuchten. Der Text des hierfür gewonnenen Historikers und derzeitigen PDS-Abgeordneten Ludwig Elm wirft allerdings viele Fragen auf. So irritiert, daß der Autor den Einstieg in die Thematik „Umgang mit der NS-Vergangenheit im Hochschulbereich“ ausgerechnet mit einem Eigenzitat aus dem Jahre 1972 beginnt. Daß im weiteren das sehr wichtige Thema der unzulässigen Gleichsetzung von Nationalsozialismus/Faschismus und Sozialismus, die Diskussion um die Identität der Totalitarismen unter weitgehender Vermeidung der westdeutschen Literatur, beispielsweise eines in diesem Zusammenhang sicherlich nicht zu umgehenden Ernst Nolte, auskommt, mindert die Aussagekraft. Im zweiten Abschnitt über „Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingselend“

überzeugt der gründliche Beitrag von Birgit Rommelspacher über den deutschen Umgang mit dem Antisemitismus. Sicherlich für viele ungewohnt ist in diesem Kontext die Rückschau auf die Flucht zu Ende des Zweiten Weltkrieges, die für Heiko Kauffmann, den Bundessprecher von „Pro Asyl“ die Kraft in sich tragen sollte, sich für Flüchtlinge heutzutage einzusetzen. Hilfreich ist, daß Wolfgang Wippermann in diesem Zusammenhang eine bei der Behandlung des Nationalsozialismus leider allzugern vergessene Gruppe, die Roma und Sinti behandelt. Sehr nachdenklich stimmt der Beitrag von Renate Nestvogel über die Rolle von Ausgrenzung und Vereinnahmung als gesellschaftliche Machtmechanismen. Hier wird ein gründlicher Blick in die Geschichte des Rassismus gegeben, der aber nicht bei der Beschreibung stehen bleibt, sondern versucht, Hinweise für die Bildungsarbeit zu geben.

Der abschließende, dritte Teil ist der sogenannten Neuen Rechten und dem Nationalsozialismus als einer Bedrohung am Ende des 20. Jahrhunderts gewidmet. Arno Klönne greift zurück auf die Situation in der Weimarer Zeit, um auf Entwicklungslinien nach 1945 hinzuweisen. In sehr breit angelegten Beiträgen gehen Wolfgang Gessenharter und Christoph Butterwegge der Frage nach, was Nation und Rasse am Ende dieses Jahrhunderts bedeuten.

Für die Einleitung des sicherlich sehr heterogenen Bandes wurde Ignatz Bubis gewonnen, für den es naturgemäß im Vordergrund steht, daß der Anteil der manifesten Antisemiten mindestens bei einem Sechstel der bundesdeutschen Gesellschaft zu suchen ist, was jedoch in einer neu zu spürenden Fremdenfeindlichkeit eine dramatische Überhöhung findet. Schwer verständlich ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Bubis, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in das 20. Jahrhundert habe der Antisemitismus das Zusammenleben von Juden und Christen in Deutschland nicht belastet. Die Ausfälle eines Marr. Treitschke, Stöcker sind uns eigentlich auch in ihrer Wirkung auf spätere Generationen sehr lebhaft in Erinnerung.

Klaus-Henning Rosen
Christoph Butterwegge/FH Potsdam (Hrsg.),
NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, Baden-Baden 1997
(Nomos); ISBN 3-7890-4650-7

Tagebuch

Inland

Altingen – Auf der grünen Weise bei Altingen, Gemeinde Ammerbuch im Landkreis Tübingen, fand am 28. Juni das mehrfach in der „Deutschen National-Zeitung“ inserierte „große Sommerfest der DVU im südwestdeutschen Raum“ statt. Tatsächlich kamen weniger als 100 Personen zum Festzelt der „Deutschen Volksunion“ des Dr. Frey. Als Hauptredner war der DVU-Funktionär und Frey-Vertraute Bruno Wetzler angekündigt. Veranstaltet wurde das Sommerfest von den südwestdeutschen Landesverbänden wie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Als Organisatoren vor Ort traten Mathias Schmidt, Ludwigsburg, und vom nahen DVU-Kreisverband Böblingen Stefan Heydlauff, Ammerbuch, auf.

Berg (Obb.) – Von Franz Schönhuber wird es in Bälde ein neues Werk geben. Diesmal hat er ein Buch über den Rechtsextremisten Le Pen („meinen Freund“, so Schönhuber), Chef des Front National, verfaßt. Das 240seitige Buch Schönhubers „Le Pen. Der Rebell“ mit Photos und Dokumenten zum Preis von DM 48,- erscheint in der VGB-Verlagsgesellschaft in Berg am Starnberger See des Dr. Gert Sudholt.

Bonn – Bundesfamilien- und -jugendministerin Claudia Nolte hat gegen eine CD der Skinband „Zillertaler Türkenjäger“ einen Indizierungsantrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften gestellt. Auf der CD „12 Doitsche Stimmungslieder“ werden ausländerfeindliche Hetztex-te verbreitet und die neonazistischen „Hammer-skins“ verherrlicht. „Rechtsextremistische Grup-pen rufen auf ihren CDs zu Rassenhaß, ausländer-feindlichen Kampagnen und sogar zum Töten auf“, so die Bundesministerin. Dies wolle sie nicht länger hinnehmen. In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach und der Bündnisgrünen-Fraktion hatte die Bun-desregierung am 5. Juni (Drs. 13/7863) mitgeteilt, daß in den Jahren 1991 bis 1996 insgeamt 121 Ton-träger rechtsextremistischer Gruppen von der Bun-desprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in-diziert worden seien. Laut Bundeskriminalamt wur-den in dem Zeitraum 1991 bis 1996 in 230 Fällen Ermittlungsverfahren gegen rechtsextremistische Skinheadbands eingeleitet, in sechs Fällen sind Verurteilungen ergangen. Die Zahl der rechtsex-tremen Skingruppen ist im vergangenen Jahr laut

Verfassungschutzbericht auf 55 (1995:50) ange-stiegen

Düren (Nds.) – Michael Prümmer, Betreiber des „Prümmer-Buchdienstes und Verlag“ (Anzeigen u. a. in: „Junge Freiheit“, „Ostpreußenblatt“, „HNG-Nachrichten“, „Deutsche National-Zeitung“) ist verstorben. Der langjährige Funktionär der „Jun-gen Nationaldemokraten“, unter dem Pseudonym „Merkur“ auch im Thule-Mailboxnetz bestens be-kannt, galt als einer der führenden Köpfe der elek-tronischen Aufrüstung der Neonazi-Bewegung.

Düsseldorf – Hinter dem Pseudonym „Ragnaröck“ im Thule-Mailboxnetz soll sich - so szeneeinterne Informationen - der Düsseldorfer Neonazi Lars Stehr (Kameradschaft Düsseldorf), Ex-Aktivist von FAP, REP und der „Freien Wählergemeinschaft“ (FWG), verstecken.

Düsseldorf – Das „Nationale Infotelefon Rhein-land“ hat „vorübergehend seinen Dienst“ einge-stellt. Der Düsseldorfer Neonazi Udo Birr (Kame-radschaft Düsseldorf), der für die Betreuung des NIT Rheinlands zuständig war, hat seinen „Aus-stieg“ bekanntgegeben. In einer Stellungnahme ge-genüber seinen Kameraden teilte Birr mit, daß er seine Mitgliedschaft in allen politischen Verbänden (u.a. „Junge Nationaldemokraten“, denen er bisher angehörte, gekündigt habe.

Horb – Im baden-württembergischen Horb (Land-kreis Freudenstadt) trafen sich am 5. Juli rund 250 Skinheads aus dem gesamten süddeutschen Raum im „Musik Pub Comico“. Geworben wurde für das Treffen der Nazi-Skins mit Handzetteln, auf die die Augsburger Polizei aufmerksam wurde. Ein rund 100 Polizeibeamte starkes Aufgebot kontrollierte die per Zug und PKWs eintreffenden Rechtsextre-misten in Horb. Dabei wurden u. a. Messer, Schlag-stöcke und Schreckschußwaffen sichergestellt. Ein Skinhead wurde vorübergehend festgenommen. Das „Comico“ ist in der rechten Szene seit einigen Monaten als Treffpunkt bekannt. So hat sich auch das Einzugsgebiet der Gäste in den zurückliegen-den sieben Monaten vergrößert. Für den 9. August plant der Wirt Roberto Kammel (36), er betreibt das „Comico“ nur nebenbei, gar ein Konzert in Horb.

Karlsruhe – Das Landgericht Karlsruhe hat, wie jetzt erst bekannt wurde, bereits Ende Juni einer vorzeitigen Haftentlassung Günter Deckerts (57) zugestimmt. Die Strafvollstreckungskammer am Karlsruher Landgericht geht davon aus, daß der

ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Deckert in Zukunft „die Grenze zwischen politischer Betätigung und strafrelevanten Äußerungen beachten werde. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Entscheidung der Kammer Rechtsmittel eingelegt. Nun wird das Oberlandesgericht Karlsruhe voraussichtlich Ende Juli über den Vorgang entscheiden. Deckert ist seit November 1995 inhaftiert und hat mehr als zwei Drittel seiner 25monatigen Strafe abgesessen. Bereits im April 1997 wurde ein ähnliches Gesuch Deckerts abgelehnt. Außerdem besteht noch ein Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen Deckert. In Mannheim war Deckert im April d. J. zu einer Haftstrafe von 27 Monaten wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (vgl. BNR 9/97) verurteilt worden. Dieses, wie auch ein rundes halbes Dutzend weiterer Urteile ist noch nicht rechtskräftig, da Deckert regelmäßig die vollen Rechtsmittel, wie Berufung und Revision in Anspruch nimmt. Sollte in nächster Zeit kein weiteres Urteil rechtskräftig werden und mit den bestehenden 25 Monaten u einer Gesamtstrafe zusammengefaßt werden, kann der amtierende NPD-Vize das Weihnachtsfest zu Hause verbringen.

München – Am 6. September trifft sich im Münchner Hofbräukeller die „Kameradschaft 9.Panzer-Division“. Auf das Divisionstreffen wird in österreichischen „Eckartboten“ hingewiesen.

München – In einem Interview mit dem „Eckartboten“ (Juli/August 1997) hat der in München lebende Publizist Rolf Josef Eibicht, Herausgeber des rechtsextremen Sammelbandes „Unterdrückung und Verfolgung Deutscher Patrioten“ (Hutten-Verlag), für die nächsten Wochen das Erscheinen eines Buches über Jörg Haider angekündigt. Darin wollen sich Autoren wie Richard Eichler, Otto Scrinzi oder Jean-Marie Le Pen kritisch mit dem FPÖ-Vorsitzenden auseinandersetzen.

München – In dem Blättchen „Frieden 2000“, herausgegeben vom „Friedenskomitee 2000“ des Rechtsextremisten Alfred Mechttersheimer, wurde unlängst für eine zweisprachige „Deutsch-Russische Zeitung“ geworben. Herausgeber der monatlich erscheinenden Zeitung, die am 1. Januar an den Start ging, ist die Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH (München), die zum Verlagsimperium von Herbert Fleissner gehört. Zu den Autoren der „Deutsch-Russischen Zeitung“ zählen u.a. Michael Wiesberg, Torsten Thaler und Martin Schmidt, allesamt Schreiberlinge der „Jungen Freiheit“. An-

zeigen schaltet u.a. die revanchistische Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“.

Planegg (Obb.) – In unregelmäßigen Abständen finden sich in rechtsextremen Schriften (z.B. „Junges Franken“) Anzeigen der am 8.Juni 1989 beim Amtsgericht München ins Vereinsregister eingetragenen „Rudolf-Hess-Gesellschaft e.V.“. Vorsitzender des Vereins ist der Sohn des Führer-Stellvertreters Heß, Wolf Rüdiger Heß, Autor des im Grazer Leopold-Stocker-Verlages erschienenen Buches „Rudolf Heß: Ich bereue nichts“ (1994). Für einen Mindestbeitrag von fünf Mark im Monat erhalten die Mitglieder der „Rudolf-Hess-Gesellschaft e.V.“ Rundbriefe und belanglose „Dokumentationen“ (z.B. Brief von Rudolf Heß an seine Eltern vom 20.November 1927). Rüdiger Heß greift in der aktuellen Sommerausgabe von „Nation+Europa“ anlässlich des 10.Todestages seines Vaters zur Feder („Was passierte wirklich in Spandau?“).

Stuttgart – Auf dem 45.Landesverbandstag des baden-württembergischen „Bundes der Vertriebenen“ wurde der seit 10 Jahren amtierende Vorsitzende, Staatssekretär Gustav Wabro, in seinem Amt betätigt. Stellvertretender Landesvorsitzender ist der leitende Ministerialrat a.D. Werner Nowak, zugleich Vorstandsmitglied des revanchistischen „Witikobunds“. Nowak war auch bei den Gründungsversammlungen der „Deutschen Volksunion e.V.“ am 16.Januar 1971 in München und beim „Deutschen Seminar“ am 4.Juli 1970 in Stuttgart zugegen. Der strammrechte „Witikobund“ konnte jedenfalls unlängst problemlos im „Haus der Heimat“ in Stuttgart tagen.

Weikersheim – Das „Studienzentrum Weikersheim“ (Geschäftsstelle: Stuttgart) will vom 21. bis zum 26. September in Weikersheim seine 6. Hochschulwoche durchführen.

Wunstorf-Steinhude (Nds.) – Die „Notgemeinschaft der SBZ/DDR-Geschädigten e.V. - Gleiches Recht für alle - in der Aktionsgemeinschaft >Recht und Eigentum<“ (Vereinssitz: Wunstorf-Steinhude) ist der „Deutschland-Bewegung“ des Alfred Mechttersheimer beigetreten. Vorsitzender der „Notgemeinschaft“ ist der Rechtsanwalt Hans Georg Hess (1923 geboren), Vorstandsmitglied der „Aktion Funk und Fernsehen (AFF)“, Mitbegründer des „Christlich-Konservativen Deutschlandforums“ (CKDF), Leserbriefschreiber in „Focus“ und Autor in der Waffen-SS-treuen Monatszeitschrift „Der Freiwillige“. In der April-Ausgabe des Blattes be-

klagt sich der einstige U-Boot-Kommandant Hess über die heutigen „geschichtlichen Verdrehungen des Einsatzes der 20 Millionen deutscher Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft“ während des II. Weltkriegs.

Ausland

Frankreich (Paris) – Der Vorsitzende des Front National, Jean- Marie Le Pen, wurde von einem Pariser Gericht wegen einer rassistischen Äußerung zu einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet DM 1.500 verurteilt. Le Pen hatte im vergangenen Jahr den Präsidenten der Menschenrechtsorganisation SOS Rassisme, Fode Sylla, der aus dem Senegal stammt, als „verrücktes, fettes Zebu“ (Buckelrind) beschimpft.

Wegen Gewalttätigkeiten bei einer Wahlkampfveranstaltung am 30. Mai in der Nähe von Paris wird sich Le Pen am 6. November vor einem Gericht in Versailles verantworten müssen. Der Rechtsextremist soll auf der Veranstaltung, wo seine Tochter Marie-Caroline als Kandidatin für die Parlamentswahl antrat, eine Frau, die Sozialistin Annette Peulvast, geschlagen haben.

Italien (Turin) – Die Militärstaatsanwaltschaft von Turin hat nach Pressemeldungen gegen den früheren SS-Offizier Theodor Saewecke Mordanklage erhoben. Der 86jährige wird vorgeworfen, Verantwortlicher für die Erschießung von 15 Geiseln am 10. August in Mailand gewesen zu sein. Saewecke war 1944 Mitglied des SS-Kommandos im besetzten Mailand. 1963 wurde er nach Protesten jüdischer Organisationen auf Anweisung des Bundesinnenministeriums vom Polizeidienst suspendiert und lebt heute als Pensionär in der Bundesrepublik.

Österreich (Wien) – Günter Rehak, Ministerialrat im österreichischen Bundespressedienst, einst Obmann des „Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs“ (s. BNR 22/95, S. 2) publiziert neu-

Adresse:

erdings in den „Nachrichten“ der „Partei Neue Ordnung“ (NPO) des Neonazis Robert Dürr. In seinem aktuellen Beitrag „Antifaschismus ist Völkermord“ bezeichnet Rehak den Antifaschismus als „eine Schöpfung des Stalinismus“; die Regierung der USA diffamiert er im verschwörungstheoretischen Jargon als „verlängerten Arm des Jewish World Congress, der seinerseits eine reine Holocaust-Verwertungs-Agentur ist.“

Tschechien (Prag) – Die Staatsanwaltschaft hat beim Kreisgericht Prag gegen den Vorsitzenden der tschechischen „Republikaner“, Miroslav Sládek, Klage wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingereicht. Der 47jährige Rechtsextremist hatte am 21. Januar bei einer Demonstration gegen die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung erklärt, daß die Deutschen umerzogen werden müßten und bedauert, daß „im Krieg zuwenig Deutsche gestorben“ seien. Das Prager Parlament entzog Sládek nach seinen deutschfeindlichen Entgleisungen die Immunität als Abgeordneter und machte damit den Weg frei für eine Strafverfolgung. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft erfüllen die rassistischen Äußerungen Sládeks, der wegen Körperverletzung rechtskräftig verurteilt und bereits mehrfach angeklagt wurde, den Tatbestand der Volksverhetzung.

Türkei (Ankara) – Die türkischen Rechtsextremisten haben einen neuen Vorsitzenden gewählt. Nachfolger des im April gestorbenen langjährigen Parteiführers der „Nationalen Aktionspartei“ (MHP), Alparslan Türkeş, wurde der 49jährige Devlet Bahçeli.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten